

## Wahlprüfsteinfragen zur Wahl des sächsischen Landtags am 01.09.2019

**Antworten PETA Deutschland BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Sachsen**

### **1. Tierschutzverbandsklage**

In sieben Bundesländern sind Tierschutzverbände zur Verbandsklage berechtigt.

a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode für die Einführung eines Tierschutzverbandsklagerechts in Sachsen einsetzen?

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände in Sachsen unbedingt einführen. Unser jüngster und umfangreicher Gesetzentwurf für ein Sächsisches Verbandsklagerecht wurde in der aktuellen Legislaturperiode von der Koalition abgelehnt: » [GRÜNER Gesetzentwurf 'Sächsisches Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine \(Sächsisches Tierschutzverbandsklagegesetz - SächsTVG\)' \(Drs 6/15391\)](#). Selbstverständlich werden wir uns auch nach der Landtagswahl wieder für die Rechte der Tiere und für ein Tierschutzverbandsklagerecht einsetzen.*

### **2. Tierschutzmissstände in Schlachtbetrieben**

Eine unzureichende Betäubung sowie die unsachgemäße Schlachtung von Tieren waren in der jüngeren Vergangenheit wiederholt Gegenstand von Studien und Medienberichten – auch in Sachsen.

a) Mit welchen konkreten Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Missstände in Schlachtbetrieben unverzüglich unterbunden werden?

*Wir halten grundsätzlich die Einführung, Umsetzung und Kontrolle von einheitlich hohen Tierschutzstandards sowie den Einsatz von gut geschultem Personal auf Schlachtbetrieben für notwendig.*

### **3. Tierschutzkontrollen**

Eine Antwort der Bundesregierung vom 3.7.2018 (BT-DS 19/3195) ergab, dass tierhaltende Agrarbetriebe in Sachsen im Durchschnitt alle 9,9 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

a) Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

*Die Kontrolle der Tierhaltungen in den Landwirtschaftsbetrieben sollte natürlich öfter erfolgen als durchschnittlich alle 9,9 Jahre, wie aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht. Wir fordern daher eine Mindestfrequenz für amtliche Tierschutzkontrollen und wirkungsvolle Sanktionen, wenn der Tierschutz missachtet wird. Jährliche Kontrollen sind aus unserer Sicht nicht zielführend. Die Anzahl der Kontrollen sollte von einer Risikobewertung abhängig sein, d.h. auffällige Betriebe werden öfter kontrolliert und unauffällige Betriebe in größeren Intervallen. Dafür muss den Veterinärämtern mehr Personal zur Verfügung stehen.*

#### **4. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre**

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen sowie die wissenschaftliche Aussagekraft umstritten sind. Auch im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden viele tausend Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden. In fünf Bundesländern (Hessen, NRW, Saarland, Thüringen und Bremen) ist im jeweiligen Landeshochschulgesetz festgelegt, dass die Universitäten zumindest auf Antrag der Studierenden tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten haben.

- a) Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?
- b) Befürwortet Ihre Partei ein Studium ohne Tierverbrauch?
- c) Befürwortet Ihre Partei eine Änderung des Landeshochschulgesetzes, so dass zumindest auf Antrag des Studierenden ein Studium ohne Tierverbrauch absolviert werden kann?

*Die Ergebnisse aus Tierversuchen können unserer Meinung nach nicht ohne Weiteres auf den Menschen übertragen werden und daher sollten unbedingt andere Methoden entwickelt werden. Im Hochschulbereich soll den Studierenden, insbesondere in der Biologie und der Humanmedizin, ein tierverbrauchsfreies Studium ermöglicht werden. Daher sind die Hochschulen aufgefordert, die Entwicklung von Methoden und Materialien, die die Verwendung von lebenden oder eigens für Versuche getötete Tiere verringern oder gar ersetzen können, deutlich voranzutreiben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden insbesondere die Forschung für alternative Verfahren zu Tierversuchen voranbringen, indem zum Beispiel in Leipzig an der Tierärztlichen Fakultät diese auch finanziell unterstützt werden. In der tiermedizinischen Ausbildung ist die studentische Ausbildung am lebenden Tier nicht zu ersetzen, jedoch auf ein geringes Maß zu reduzieren, möglichst ohne dem Tier zu schaden.*

#### **5. Jagd**

Die gemäß Sachsens Landesjagdgesetz erlaubten Jagdpraktiken sind aus Sicht des Tierschutzes hochproblematisch. So stehen Totschlagfallen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie die Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen. Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In Baden-Württemberg beispielsweise sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken als auch die Tötung von Haustieren weitgehend verboten.

- a) Wird sich Ihre Partei für eine tierschutzgerechte Novellierung des Landesjagdgesetzes einsetzen?
- b) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?
- c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, die Baujagd zu verbieten?

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich grundsätzlich für eine modernisierte und zeitgemäße Jagd ein, was auch zukünftig eine stetige Anpassung des Jagdrechtes bedeutet. Das sächsische Jagdgesetz soll immer wieder an die aktuellen wildbiologischen und jagdpraktischen Erkenntnisse angepasst werden. Mit dem Ziel einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung soll das Landesjagdgesetz an die Erfordernisse des Arten- und Naturschutz angepasst und gleichzeitig die Anforderungen an den Tierschutz erfüllen. Wichtig sind uns insbesondere der Wildtierschutz bei der Jagd und*

*Verbesserungen bezüglich der Jagd- und Schonzeiten im Hinblick auf den Arten- und Tierschutz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen aus Tierschutzgründen grundsätzlich die Jagd mit Totschlagfallen ab, da sie einen selektiven Fang nicht garantieren und somit auch Haus- und Wildtiere getötet werden können. Auch der Baujagd stehen wir sehr kritisch gegenüber.*

## **6. Jagd auf Füchse, Katzen und Hunde**

In Sachsen töten Jäger jedes Jahr über 13.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für eine solche massive, landesweite Fuchsbejagung sind nicht ersichtlich. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

- a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?
- b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?
- c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Tötung von Hunden und Katzen durch Jäger untersagt wird?

*Wir sehen die Jagd auf Füchse aus wildbiologischer Sicht sehr kritisch. Zudem führt die Bejagung oft zu erhöhter Fortpflanzung und Weiterverbreitung.*

*Die Praxis der Tötung von wildernden Hunden und Katzen außerhalb bewohnter Gebiete durch Jäger ist uns kaum bekannt. Mit einer Kennzeichnungspflicht für alle Hunde und Katzen wäre jederzeit der Tierhalter zu ermitteln und eine Tötung kann abgewendet werden.*

## **7. Angel-AG's an Schulen**

Einige Ganztagschulen in Sachsen bieten Angeln als AG an. Dabei werden Kinder an das Töten von empfindungsfähigen Wirbeltieren herangeführt.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angel-AG's nicht mehr an Schulen angeboten werden?

*Angel-AGs, in denen das Hauptaugenmerk auf die Vermittlung von fundiertem Wissen rund um das Ökosystem Wasser und die Naturerfahrung für Schüler\*innen gelegt wird, lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Vielmehr befürworten wir jedoch Umwelt-AGs, die sich mit der Natur und vielfältigen Umweltthemen beschäftigen, das Verständnis für ökologische Zusammenhänge fördern und einen wichtigen Beitrag in der Umweltbildung leisten.*

## **8. Sachkundenachweis für Hundehalter**

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

- a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter?

*Der Einführung eines Sachkundenachweises für Hundehalter vor Anschaffung eines Tieres stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, da der Umgang mit einem Tier einen hohen Grad an Verantwortung gegenüber dem Lebewesen und auch im Zusammenleben mit Menschen und*

*Hunden bedeutet.*

## **9. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel**

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

- a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergehen?
- b) Plant Ihre Partei Maßnahmen, um eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

*Der hohe Konsum tierischer Produkte hat unserer Meinung nach viele negative Auswirkungen, insbesondere Umweltbelastungen. Mit dem Konsum von Lebensmitteln, die aus ökologischer Tierhaltung und nachhaltiger Landwirtschaft stammen, kann jede\*r einen Beitrag leisten. Verbraucher\*innen sollten über die negativen Folgen eines hohen Fleisch-, Milch- und Eikonsums und mögliche Ernährungsalternativen umfassend aufgeklärt werden. Wir wollen, dass an Kitas und Schulen gesundes Essen mit einem hohen vegetarischen Anteil und in weiteren öffentlichen Einrichtungen zusätzlich vegane Gerichte angeboten werden. Dabei ist unserer Meinung nach auf regionale und biologische Produktion sowie auf das Angebot von saisonalem Obst und Gemüse zu achten.*

## **10. Textilkennzeichnung**

Stichproben ergaben, dass im Einzelhandel häufig Echtpelzbekleidung ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Hinweis „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ verkauft und Kunden damit fehlinformiert werden.

- a) Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Sachsen zu verbessern?

*Wir sind für eine eindeutige, einheitliche und transparente Kennzeichnung aller Produkte, die Echtfell beinhalten und setzen uns in den entsprechenden Ebenen dafür ein.*